



Rede des Gemeindegamers Andreas Schwarzenberg zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2023 in der Sitzung des Gemeinderates am 03.11.2022

**Sperrfrist: 03.11.2022 - 19.00 Uhr -
Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem unser Alltag aktuell nicht mehr so stark durch die Corona-Pandemie geprägt ist, stehen wir vor neuen Herausforderungen, bedingt durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und die damit verbundenen Belastungen, insbesondere mit Blick auf die Energiepreise. Aber auch die allgemein hohe Inflationsrate birgt im nächsten Haushaltsjahr erhebliche Unsicherheiten.

Ähnlich wie im Vorjahr ist die Haushaltssituation im laufenden Jahr in Hövelhof entgegen meiner seinerzeit vorgelegten Haushaltsplanung 2022 unverändert als sehr gut zu beurteilen. Dies ist vor allem daran festzumachen, dass die Gemeinde aktuell über einen Kassenbestand von über 6,0 Mio. € verfügt, und dies ohne Liquiditätskredite. Außerdem kann voraussichtlich das bisher höchste Gewerbesteuerkommen 2021 (13,8 Mio. €) im aktuellen Haushaltsjahr 2022 mit einem zum jetzigen Zeitpunkt veranlagtem Gewerbesteueraufkommen von über 15 Mio. € nochmals getoppt werden. Dies ist erneut unbestritten eine sehr gute Ausgangsbasis für den kommenden Haushalt und führt dazu, dass trotz der erwarteten erheblichen Mehrbelastungen im kommenden Jahr das gefürchtete Haushaltssicherungskonzept kein Thema sein wird. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen, die ihre Haushaltslage als dramatisch beurteilen, verfügt die Sennegemeinde Hövelhof nach jetzigem Planungsstand über eine fast 5,0 Mio. € hohe Ausgleichsrücklage zu Beginn des kommenden Haushaltsjahres.

Unter anderem deshalb steht im bevorstehenden Haushaltsjahr 2023 keine weitere Erhöhung der Steuerhebesätze für die Gewerbesteuer bzw. die Grundsteuer zur Debatte.

Eine Anhebung der Abfallbeseitigungsgebühren, Straßenreinigungsgebühren sowie Niederschlags bzw. Schmutzwassergebühren ist dagegen unvermeidbar. Diese Gebühren konnten in den vergangenen Jahren nur durch die bisher noch vorhandenen Rücklagen bzw. Sonderposten stabil gehalten werden.

Komme ich nun zum eigentlichen Zahlenwerk des Haushaltsplans 2023. Dieser weist im kommenden Haushaltsjahr ein Jahresdefizit in Höhe von 3.228.439 € aus. Dieses Ergebnis würde sogar rd. 1,5 Mio. € negativer ausfallen, wenn nicht -wie schon in den vergangenen beiden geplanten Haushaltsjahren- eine Bereinigung der prognostizierten Mindererträge bzw. Mehraufwendungen erfolgen müsste. Nach dem so genannten NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz (NKF-CUIG) sind in den kommunalen Haushalten 2023 bis 2025 alle zu erwartenden pandemie- und kriegsbedingten Haushaltsbelastungen durch Mindererträge oder Mehraufwendungen haushaltsrechtlich zu isolieren. Die Handlungsfähigkeit vieler Kommunen wird dadurch zwar erst einmal sichergestellt. Die Belastungen werden aber erneut in die Zukunft verlagert. Dies widerspricht absolut einer intergenerativen Gerechtigkeit und schränkt die künftige Handlungsfähigkeit sämtlicher Kommunen ein.

Vergleicht man das prognostizierte Haushaltsergebnis 2023 mit dem Vorjahr, stellt man eine weitere Verschlechterung in Höhe von rd. 1,1 Mio. €, beim unbereinigten Ergebnis sogar eine Verschlechterung in Höhe von rd. 1,9 Mio. € fest. Diese zukünftige Entwicklung halte ich als Kämmerer für äußerst bedenklich. Falls sich die Rahmenbedingungen nicht ändern oder weitere Gewerbesteuerzuwächse erzielt werden können, ist bereits im kommenden Haushaltsjahr unsere langjährig angesparte Ausgleichsrücklage verbraucht. Das bedeutet spätestens ab 2025 eine reale Bedrohung durch ein Haushaltssicherungskonzept für unsere Gemeinde.

Sie werden sich sicherlich fragen, wie es plötzlich zu dieser negativen Entwicklung kommt. Betrachtet man die künftige Ertragsentwicklung, wird man feststellen, dass nahezu alle

Ertragsarten flächendeckend steigen, so dass die ordentlichen Erträge mit einem Gesamtaufkommen von rd. 48,6 Mio. € sogar fast 5,0 Mio. € über dem geschätzten Aufkommen 2022 liegen.

Folglich muss das Haushaltsproblem hauptsächlich auf der Aufwandsseite begründet liegen. Die ordentlichen Aufwendungen steigen schließlich um über 6,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt rd. 53,6 Mio. €. Hauptursache dieses enormen Anstiegs sind:

- Anstieg der Kreisumlage inkl. ÖPNV-Umlage auf insgesamt rd. 16,6 Mio. € (+ rd. 2,0 Mio. €),
- Erhöhung der Personalaufwendungen auf rd. 10,6 Mio. € (+ rd. 750.000 €),
- Zuwachs der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auf rd. 8,8 Mio. € (+ rd. 2,0 Mio.), hauptsächlich hier: Energiekostenanstieg (+ rd. 1,5 Mio. €).

Dies zeigt, dass zwar der Großteil der Kostensteigerungen seitens der Gemeinde nicht beeinflussbar ist. Trotzdem werden wir auf Grund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen in Zukunft gezwungen werden, die beeinflussbaren Kosten zu reduzieren, falls keine grundlegende Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen eintritt.

Auch die Investitionen, die sicherlich vielfach für die künftige Entwicklung in Hövelhof wichtig und sinnvoll sind, werden wahrscheinlich noch genauer dahingehend geprüft werden müssen, inwieweit sie finanziell gestemmt werden können. Nicht nur die späteren Folgekosten, sondern auch die Finanzierungskosten stellen uns nach dem deutlichen Zinsanstieg vor neue Herausforderungen. So verschlechtert sich unser Finanzergebnis im kommenden Jahr um 245.000 € auf Grund zusätzlicher Zinsbelastungen, die aus der Neuaufnahme eines investiven Kredits in Höhe von 7,0 Mio. € für den Bau des Feuerwehrgerätehauses resultieren. Diese Zinsbelastungen und die entsprechenden Tilgungsleistungen nur für diesen einen Kredit führen in den nächsten Jahrzehnten zu einem jährlichen Liquiditätsabfluss von rd. 400.000 €.

Weitere Belastungen sind durch die Neuaufnahme von Liquiditätskrediten zu erwarten. Nach dem berechneten Zahlenwerk ist 2023 eine Liquiditätslücke in Höhe von 2.500.000 € zu schließen. Der Kapaldienst für das benötigte Fremdkapital (7,0 Mio. € Investivkredite bzw. 2,5 Mio. € Liquiditätskredite) schränkt zusätzlich die künftige Handlungsfähigkeit der

Gemeinde deutlich ein.

Fazit: Die derzeitige Haushaltssituation ist trotz aktueller Krise als überraschend gut zu beurteilen. Die Zukunftsaussichten für die kommenden Haushaltsjahre sind wegen der steigenden Belastungen jedoch düster. Es bleibt die Hoffnung auf insgesamt bessere Rahmenbedingungen für die Städte und Gemeinden und ein weiterhin stabiles Gewerbesteueraufkommen. Nur so ist unsere Gemeinde auch in der Zukunft handlungsfähig.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich an dieser Stelle noch bei meiner neuen Kollegin Frau Rodehutsors für die engagierte Arbeit zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf bedanken. Auf Grund ihrer guten Auffassungsgabe hat sie sich sehr schnell in die neue Materie eingearbeitet.

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen viel Erfolg bei den bevorstehenden Haushaltsplanberatungen!